

Soziologe

Das Ende der großen Gesten

INTERVIEW VON ANDREAS ZIELCKE

Zu den beeindruckenden Fortschritten der Bundesrepublik gehört, dass man Flüchtlinge trotz aller Krisengefühle willkommen heißt. Und doch sind es widersprüchliche Sichtweisen, mit denen man sie wahrnimmt. Ein Interview mit dem Münchner Soziologen Armin Nassehi, der bedeutende Publikationen zu Flucht und Migration veröffentlicht hat, zuletzt die neue Ausgabe der von ihm herausgegebenen Kulturzeitschrift *Kursbuch* mit dem Titel: "Wohin flüchten?"

SZ: Deutschland lernt sich in der Flüchtlingskrise gerade selbst kennen.

Was erfahren wir da von uns?

Armin Nassehi: Es sind widersprüchliche, darin aber komplementäre Erfahrungen. Wir sehen brennende Flüchtlingsheime, und wir sehen ein charismatisches Entgegenkommen, eine - wie man etwa am Münchner Bahnhof erleben konnte - wahrlich herzergreifende Willkommensbereitschaft. Aber ohne die radikalen Proteste gäbe es diese besondere Freundlichkeit vermutlich nicht. Vielleicht sind beide Reaktionsformen allzu starke Vereinfachungen: Die rechten Asylkritiker tun so, als sei eine ethnisch und kulturell homogene Gesellschaft leichter zu steuern. Die charismatische Hilfsbereitschaft entdeckt die konkrete Notsituation, hat damit aber die Integrationsprobleme von Flüchtlingen noch gar nicht im Fokus. Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Hilfsbereitschaft ist großartig, aber was geschieht, wenn das Charisma der Situation verschwindet und nachhaltige Integrationsfragen beantwortet werden müssen?

Drei Haltungen zeichnen sich ab: die humanitäre, die politisch-strategische

und die ökonomische. Der Wirtschaft spricht man die sachliche, rationale Haltung zu: Wir brauchen Einwanderer, wir denken an die alternde Gesellschaft, an die Lücken des Arbeitsmarkts. Ist es so?

Das kommt auf den Typ von Rationalität an, über den man spricht. Tatsächlich unterscheidet sich eine ökonomische Perspektive von der politischen und rechtlichen Erfassung des Problems in charakteristischer Weise. Ökonomisch gesehen, ist es natürlich rational, angesichts des künftigen Arbeitskräftemangels und der demografischen Schieflage des Sozialstaates in Flüchtlingen auch ein Potenzial zu sehen, zumal in den gut ausgebildeten. Auch wenn das nicht für alle Flüchtlinge zutrifft, ist die Kritik an der Wirtschaft naiv, sie interessiert sich nur für die Verwertungsmöglichkeiten der Zuwanderer, nicht für sie als Personen. Ökonomisch betrachtet müsste man sagen: mehr Wirtschaftsflüchtlinge bitte! Im Übrigen darf man nicht vergessen, dass eine ökonomische Integration von Migranten jeglicher Couleur kulturelle und religiöse Merkmale neutralisieren kann. Wer Anerkennung durch Arbeit und biografische Perspektiven in Positionen erhält, wird sich auch kulturell weniger radikalieren - das gilt übrigens nicht nur für Einwanderer, sondern auch für Autochthone, Einheimische.

In ökonomischer Perspektive entfällt eine weitere Unterscheidung, die politisch brisant ist: die Differenz zwischen politisch Verfolgtem und Armutsflüchtling.

Geld ist nun mal ein geschichtsloses Medium. Ökonomische Entscheidungen tragen keinen kulturellen Ballast mit sich herum, sie müssen sich nur rechnen. Gleichzeitig ist aber die Frage, was einen politischen Flüchtling definiert, heute nicht mehr so eindeutig zu beantworten, wie man es noch vor einer Generation tat, zumal in Zeiten des Ost-West-Konflikts. Heute geht es in den Ländern, aus denen Menschen fliehen, um sehr komplexe Gemengelagen von Fluchtgrün-

den. Man kann zum Beispiel Balkanstaaten durchaus als "sichere Herkunftsstaaten" bezeichnen - werden dort aber Frauen oder ethnischen Minderheiten wie den Roma jegliche Bürger- und Menschenrechte vorenthalten, werden diese im engeren Sinn zwar nicht politisch verfolgt, sie aber als Wirtschaftsflüchtlinge einzustufen, wäre verfehlt. Sind sie Religions- oder Kulturflüchtlinge? Zur zivilisatorischen Errungenschaft des Ökonomischen gehört, solche Fragen für die Aufnahme der Fliehenden für irrelevant zu halten.

Trotzdem halten Grundgesetz und Genfer Flüchtlingskonvention die Zweiteilung aufrecht, wonach nur politische Flüchtlinge einen Bleibanspruch haben, alle anderen nicht. Nun reißt der Flüchtlingsstrom diese Zweiteilung weg, an ihre Stelle tritt Improvisation. Wir verzichten also, aus gutem Grund, auf geltendes Recht.

Zurzeit haben wir es, um es drastisch auszudrücken, mit einer ungeheuren Masse von Körpern zu tun, die wir schlicht nicht aufhalten können. Das Dublin-Abkommen wird daher nicht durch einen Rechtsakt außer Kraft gesetzt, sondern durch die normative Kraft des Faktischen. Die Verhältnisse ändern sich schneller als die Regeln, die sie steuern sollen. Bleibt dem Recht also nur, sich anzupassen? Auf jeden Fall sollte es der Tatsache gerecht werden, dass 2014 nur zwei Prozent der Flüchtlinge als asylberechtigt galten, aber um die 50 Prozent bleiben. Solange man Menschen über Jahre einen prekären Rechtsstatus zumutet, so lange werden Integrationsbemühungen geradezu korrumpiert. Die meisten von ihnen nur zu "dulden", statt ihnen einen ordentlichen Rechtsstatus zu geben, kann nicht die Lösung sein - übrigens nicht nur aus humanitären, sondern auch aus ordnungspolitischen Gründen, weil ein prekärer Rechtsstatus eine echte Integrationshürde ist. Es wäre aber - das muss dazu gesagt werden - blauäugig, kulturelle Integrationshürden zu bagatellisieren. Vorhersehbar sind etwa Konflikte, wenn junge Männer aus patriarchalen Kulturen hier mit dem westlichen Frauenbild konfrontiert werden. Nicht jede Kul-

tur ist gleich offen für die Modernisierungserwartungen des Westens - das lässt sich auch durch Willkommenskultur nicht wegdefinieren.



Ein Bus verlässt das ungarische Lager Röszke: "Im Moment ist der gebildete syrische Flüchtling der Favorit der Aufnahmebereitschaft." Foto: Dan Kitwood/Getty

In Europa ist nicht nur der rechtliche Rahmen für die Flüchtlingsaufnahme zusammengebrochen, sondern auch eine rechtliche Fiktion, die Fiktion nämlich, dass EU-Binnenländer wie Deutschland frei von der Pflicht zur Erstaufnahme sind, weil auf dem Landweg kein Flüchtling zu ihnen legal durchdringen darf.

Das ist die normative Kraft des Faktischen, von der ich gerade sprach. Die Regeln hinken hinter der Wirklichkeit her - und die Gelassenheit, mit der die Bundesrepublik die rechtliche Schieflage verkraftet, nötigt internationalen Beobachtern Respekt ab.

Dass man von außen bestärkt wird, die eigenen Errungenschaften zu schätzen, erinnert an die Ukrainer, die uns mit ihren Lobeshymnen auf dem Euro-Maidan die Verheißungen Europas vor Augen hielten. Erschreckend für die EU ist jetzt aber, dass aus Flüchtlingssicht nur Schweden und Deutschland als Idol übrig bleiben.

Bedeutsam ist die Schichtabhängigkeit dieses anerkennenden Blicks von außen und von den Flüchtlingen selbst. Vor allem aus Syrien, aber auch aus afrikanischen Ländern kommen Leute aus den Mittelschichten. Ihre sachkundige Anerkennung erfolgt für den hiesigen Diskurs daher auf "Augenhöhe". Das ist der Grund, warum sich Gebildete hierzulande mit ihnen leichter solidarisieren als mit ungebildeten Immigranten. Das gilt übrigens auch für die mangelnde Fähigkeit, mit den weniger gebildeten Skeptikern von Pegida zu reden. Auch über diese Differenz der Diskurse wird zu wenig nachgedacht. Im Moment ist der gebildete syrische Flüchtling der Favorit der Aufnahmebereitschaft.

Was stellt der Flüchtling dar? In einer Zeit, die sich als postnational versteht und Landesgrenzen für Kapital, Güter, Informationen, Kulturprodukte und Kosmopolitismus nicht mehr als Hindernis sieht - eben diese Transnationalität nimmt der Migrant ernst, wenn auch erzwungen.

Das stimmt, ist aber nichts Neues. Weder Nordamerika noch das Ruhrgebiet wären ohne Massen von "Wirtschaftsflüchtlingen" zu ökonomischer Blüte gelangt. Ich bin deshalb skeptisch gegenüber der These, dass Grenzen heute weniger Bedeutung haben. Grenzen sind doch nur dann unwichtig, wenn sich territoriale Gemeinschaften in einer Art geografischer Apartheid voneinander fernhalten und ihr Austausch schwach ist. Rechtsintellektuelle argumentieren ja im Sinne dieser Apartheid: Wir haben nichts gegen Fremde und Multikulturalität, solange jeder bleibt, wo er hingehört. Kommen aber Migrantebewegungen in Gang, wird für diese Denkungsart die Grenze entscheidend. Was

aber nicht nur sie, sondern auch alle Gutmeinenden beschäftigen muss, ist, dass jetzt im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten Zuwanderung ohne jede Steuerung und Zielvorgaben stattfindet, ohne absehbaren Rechtsstatus für die meisten Ankömmlinge.

Uns steht eine doppelte Integration bevor: Zum einen muss die Willkommenskultur in realistische Strategien überführt werden, zum anderen müssen die Einwanderer mit den Mühen des Immigrantentags in ihrer erwartungsvollen neuen Umwelt fertig werden.

Die Prognose für diesen zweiseitigen Integrationsprozess ist immerhin sehr viel günstiger, da das Land weltoffener geworden ist. Das gilt auch für die politischen Parteien. Vor allem an der Union lässt sich das klar beobachten. Wie Helmut Kohl, wie Roland Koch noch in den Achtziger- und Neunzigerjahren über Flüchtlinge reden konnten, wäre heute in der Union, auch in der CSU, völlig unmöglich. Gleichwohl stellt dieser Lernprozess, so eindrucksvoll er ist, keine Lösung dafür bereit, welche Ziele die Flüchtlingspolitik jetzt definieren soll.

Wie auch immer, im Zentrum wird Integration stehen.

Was heißt Integration? Entscheidend wird sein, dass Flüchtlinge eine Chance haben, sich möglichst bald aus eigenen Ressourcen zu versorgen, und das meint nicht nur ökonomische Ressourcen. Das setzt zum einen Arbeitsmöglichkeiten voraus - wenn man von Handelskammern hört, wie händeringend Auszubildende gesucht werden, müsste es doch mit dem Teufel zugehen, wenn hier nicht Modelle entwickelt werden können. Zum anderen setzt das einen Rechtsstatus mit Perspektive voraus. Dass die Bundesrepublik gut integrierte, in Deutschland ausgebildete Menschen abschiebt, ist geradezu absurd, nicht nur ökonomisch. In jedem Fall müssen wir Integration viel pragmatischer denken. Das Erlernen der deutschen Sprache, die Möglichkeit, Ausbildungen zu

machen, vor allem aber die realistische Aussicht auf eine Zukunft hier, auch wenn man nicht als Asylbewerber anerkannt wird - das ist der Stoff, aus dem Integration gemacht ist. Selbst wenn Zuwanderer, die noch keinen Job haben, eine kleine Möglichkeit erhalten, Geld zu verdienen, sodass nicht jeder Euro, den sie bekommen, ein Almosen ist, hilft das weiter. Sein Geld in der Tat zu "verdienen" ist identitätsstiftend, was nur die Kritiker nicht wissen, denen es immer gut ging. Es geht also um das praktische Kleinarbeiten der Integration, die dann nicht mehr für Meldungen, auch nicht mehr für große Gesten reicht, aber die Sache voranbringt. Gelungene Integration heißt schlicht, undramatisch miteinander auszukommen.

Was macht den Unterschied zu Frankreich, das sich ersichtlich schwerer tut?



Armin Nassehi ist Professor für Soziologie

Wir haben das "Glück", keine vergleichbare Kolonialgeschichte zu haben wie Frankreich oder Großbritannien. Die französischen *Banlieues*, die Problemviertel der Immigranten, sind auch das Produkt des kolonialen Erbes. Wir können einen entspannteren Pragmatismus praktizieren, weil wir diesen kolonialen Nachlass mit seinen Denkweisen und Erwartungen nicht hinter uns herschleppen. Die Communities der postkolonialen Einwanderer in Frankreich sind anders aufgebaut als unsere, die sich als Milieus von Arbeitsimmigranten entwi-

an der Ludwig-Maximilians-Universität
München und Herausgeber des Kursbuch.
Foto: Horst Galuschka/imago

ckelt haben. Deutschland war beim
Umgang mit kultureller Differenz
stets Nachzügler, doch dies könnte
sich jetzt als Vorteil für einen unbe-

fangeneren Pragmatismus herausstellen. Dass sich London und Paris stärker
sträuben, Einwanderer aufzunehmen, hängt wohl auch damit zusammen, dass
man die mühsam austarierten Konflikte mit den eigenen ethnischen Minder-
heiten nicht durch neue ethnische Gruppen verschärfen will.

**Aber auch wir müssen einen organisierten Realismus im Umgang mit den
Flüchtlingsmengen entwickeln, ohne den humanitären Impuls aufzuge-
ben. Wie geht das?**

Naiv erscheint mir die Hoffnung, dass es eine europäische Solidarität gibt und
man sich auf faire Aufnahmequoten einigt. Deutschland wird eigene Lösungen
entwickeln, sich dabei aber auch eigenen Lebenslügen stellen müssen. Viele
fordern aus guten Gründen ein Einwanderungsgesetz, ich auch. Doch selten
wird die Konsequenz gesehen, dass dies auch eine Begrenzung der Einwande-
rung zur Folge haben wird - im Gegensatz also zur aktuellen Offenheit. Das
lässt sich nicht vermeiden, bedarf aber eben deshalb einer politischen Debatte.

... die in neue Rechtssetzung mündet.

Entscheidend wird sein, den Kreis derer, denen ein dem Asyl vergleichbarer
Rechtsstatus eingeräumt wird, deutlich und realistisch zu erweitern, auch im
humanitären Sinne. Wir vergessen oft, dass es besonders schwer ist, in klassi-
sche Einwanderungsländer einzuwandern, die dafür bereits klare Rechtsregeln
haben. Aber nur Rechte verschaffen verlässliche Perspektiven, ohne die Inte-
gration nicht möglich ist - das können sich Autochthone, die diese Rechte ge-
wissermaßen immer schon genießen, nicht vorstellen. Alle, denen dieser Sta-

tus mit guten Gründen versagt bleibt, muss dann aber auch, wiederum in rechtsstaatlichen Verfahren, der Aufenthalt hier verwehrt werden können. Auch wenn nur ein kleinteiliger Pragmatismus die Integration im Alltag voranbringen kann, wird dieser rechtliche Faktor die entscheidende Rolle spielen. Wie seinerzeit das Staatsbürgerschaftsrecht muss sich jetzt das Aufenthaltsrecht der völlig neuen Lage annehmen. Alle widersprüchlichen Rationalitäten der Flüchtlingsaufnahme, des humanitären Anliegens, der ökonomischen Rechnung, der kulturellen Welten, der sozialen Erwartungen und Partizipationen, der neuen gesellschaftlichen Weltoffenheit, all diese Dimensionen müssen in verlässliche rechtliche Formen übersetzt werden.

Utopisch?

Nein, eben nicht. Die kulturelle und ethnische Pluralität ist in Deutschland keine Utopie mehr, sondern Realität.